

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 41 (1965-1966)
Heft: 1

Artikel: Der Aufbau der "Wirtschaftlichen Landesverteidigung" in Österreich
Autor: Strohschneider, Hermann
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-703865>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gung auf allen Verwaltungsebenen, so daß über Aufbau oder gar Erhaltung einer solchen Organisation leider kein Wort verloren werden kann.

Auf dem Sektor der baulichen Schutzvorsorgen gibt es einige mühsame Versuche. Nach Ueberwindung föderativer Schwierigkeiten — das Bauwesen fällt in die Kompetenz der Bundesländer — gelang es den Zentralstellen, die aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden öffentlichen Schutzbauten wenigstens zu erfassen, aber bisher nicht, vor dem Verfall zu retten.

Für den Schutzraumbau wurden Richtlinien erarbeitet — ohne allerdings jemanden damit zum Bau eines Schutzraumes verpflichten zu können. Diese «Richtlinien für den Schutzraumbau» umfassen: Grundsutzbauten in Neubauten und in bestehenden Bauten, Luftstoßbauten und Schutzstollen.

Der Schwerpunkt im Schutzraumbau müßte in Oesterreich auf dem nachträglichen Einbau von Grundsutzbäumen in bestehenden Bauten liegen. (Hier wird sich die Unterlassung des Ausbaues oder der Planung baulicher Schutzvorsorgen beim Wiederaufbau besonders kraß auswirken!) Da die jährliche Zuwachsrate an Neubauten derzeit bei etwa 1 % liegt, so ist das Schutzraumproblem vom Neubausektor her allein gar nicht zu lösen. An sich ist die Ausgangssituation hier günstig, denn 46 % der bestehenden Bauten, in denen 75 % der österreichischen Bevölkerung leben, weisen bereits den erforderlichen Schutzfaktor (mindestens 0,004) auf und können durch Adaptierungsarbeiten zu Grundsutzbäumen gestaltet werden.

Bei Neubauten der öffentlichen Hand (ausgenommen Gemeinden) ist ein zögernder Anfang im Schutzraumbau zu vermerken, wobei die Heeresverwaltung vorbildlich voranging und für ihre Neubauten die Einplanung von Grundsutzbäumen zwingend vorschrieb. Von Vorarlberg und Tirol abgesehen, werden in Wohnhausbauten Schutzräume nur ganz vereinzelt, und zwar über Initiative des privaten Bauherrn und ohne öffentliche För-

derung oder Ermunterung eingebaut. In Vorarlberg schreibt die neue Bauordnung den Einbau von Schutzräumen zwingend vor, in Tirol werden Schutzraumbauten durch finanzielle Zuschüsse gefördert.

Bei Kraftwerkanlagen und Schutzvorsorgen für die Unterlieger wurde ebenfalls wenigstens ein Anfang gemacht, indem Flutwellenberechnungen für eine Reihe von Kraftwerken vorliegen und eine Versuchsstrecke für ein Wasseralarmsystem bei einer Kraftwerksgruppe errichtet wurde, die jedoch wegen Befürchtung einer möglichen Beunruhigung in der Bevölkerung bisher nicht erprobt werden konnte.

Ebenso liegen Ansätze für den Ausbau eines Atomüberwachungsdienstes vor.

Trotz dieser nicht günstigen Bilanz darf man aber sogar etwas Hoffnung schöpfen, wenn man das in den letzten Jahren langsame, aber stetige Durchdringen aller Bevölkerungsschichten mit den Problemen seiner Landesverteidigung bemerkt. Vielleicht schwinden doch allmählich das große Mißtrauen und die Verständnislosigkeit, mit denen man bisher noch diesen Aufgaben begegnet. Zu hoffen ist weiter, daß die aufgezeigten Vorarbeiten auf den einzelnen Fachgebieten der zivilen Landesverteidigung bald koordiniert und zusammengefaßt werden, um im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung nach einer wohl überlegten Grundkonzeption zu ihrer optimalen Wirkung zu gelangen. Die Voraussetzung für dieses vielseitige Vorhaben ist jedoch die Schaffung der gesetzlichen Basis, die damit das gegenwärtig vordringlichste Anliegen ist. Die Plattform für diese legislative Regelung ist durch eine Reihe von Ministerratsbeschlüssen gegeben. Am zweckmäßigsten wäre es, alle im Bereiche der umfassenden Landesverteidigung auftretenden legislativen Erfordernisse zusammenzufassen und im Zuge derzeit laufender Neuregelungen und Novellierungen verschiedener grundlegender Rechtsgebiete des Staates zu behandeln.

Obstlt dG Hermann Strohschneider

355.45:33(436)

Der Aufbau der «Wirtschaftlichen Landesverteidigung» in Österreich

I.

Das Bundesheer der 2. Republik wird im Herbst des Jahres 1965 zehn Jahre alt.

Die Arbeiten am Aufbau einer «Umfassenden Landesverteidigung» — und damit auch der «Wirtschaftlichen Landesverteidigung» — erstrecken sich dagegen auf einen kürzeren Zeitraum. Der dafür maßgebliche Beschluß des Ministerrates¹⁾ stammt vom 18.7.1961. Bereits nach einem halben Jahr billigte die Bundesregierung ein für alle Ministerien verbindliches

¹⁾ Beschluß, die österreichische Landesverteidigung unter dem Gesichtspunkt aufzubauen, daß sie sich auf militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Bereiche zu erstrecken hat.

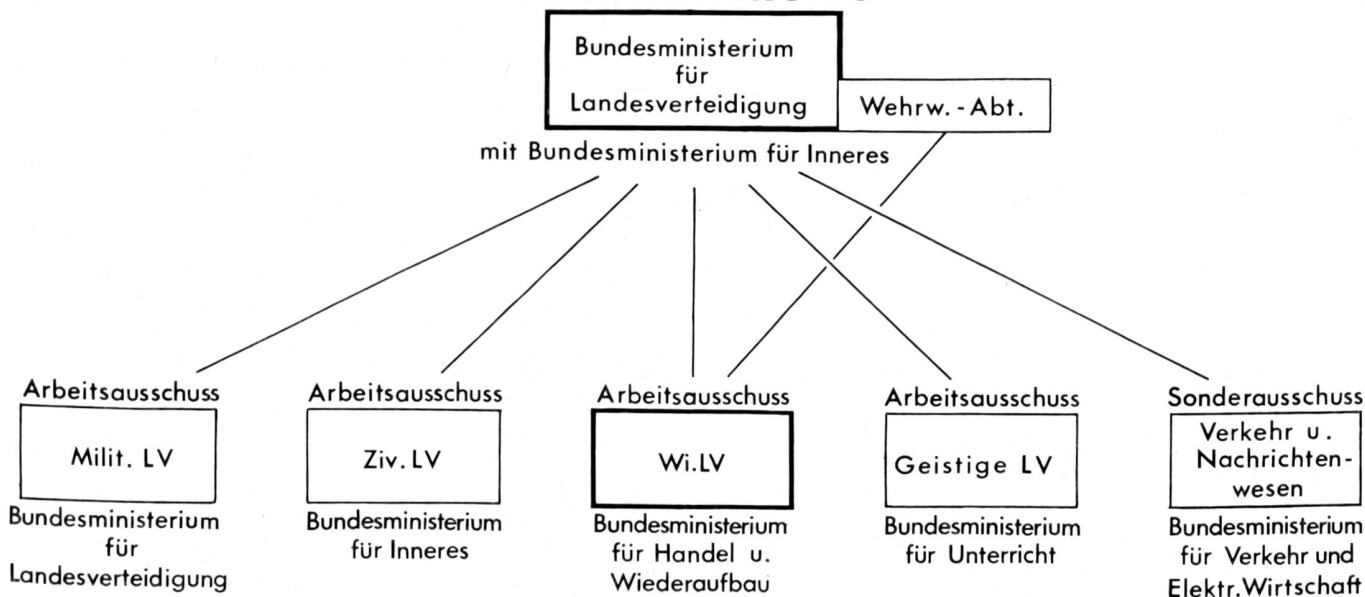
Organisationsschema (Ministerratsbeschluß vom 20.2.1962), in dem nun die praktischen Arbeiten vor sich gehen.

Aus dem Organisationsschema ist ersichtlich, daß sich die Arbeiten innerhalb der «Umfassenden Landesverteidigung» in vier Arbeitsausschüssen (militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Landesverteidigung) und einem Sonderausschuß (für Verkehr und Nachrichtenwesen) abwickeln, während die Koordination durch den Bundesminister für Landesverteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Inneres erfolgt.

Die Federführung für alle Planungsarbeiten auf dem Gebiete der «Wirtschaftlichen Landesverteidigung» liegt beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau.

Die Wahrung der unmittelbaren Interessen des militärischen Teiles der Landesverteidigung gegenüber den Aufgaben der

KOORDINIERUNG



Wirtschaft in den einzelnen «Bedrohungsfällen» erfolgt im Wege einer engen Zusammenarbeit zwischen der Wehrwirtschafts-
abteilung und dem «Arbeitsausschuß für wirtschaftliche Landes-
verteidigung».²⁾

Am 19. 6. 1962 konstituierte sich dieser Arbeitsausschuß in
einer Vollsitzung seiner Mitglieder.

Am Aufbau der wirtschaftlichen Landesverteidigung in Oester-
reich wird somit erst seit drei Jahren gearbeitet, deren Arbeits-
gebiet und -umfang im wesentlichen mit der in der Schweiz
geprägten Auffassung übereinstimmt.³⁾

II.

Der Aufbau einer wirtschaftlichen Landesverteidigung erwies
sich von Anbeginn an als schwierig.

Die Ursachen dafür lagen in verschiedenen Bereichen, vor
allem in der geistigen Einstellung zu den «Verteidigungsauf-
gaben» und in der gegebenen Rechtslage.

1. Die Vorstellung darüber, daß der Begriff «Verteidigung» nur
die Abwehr direkter, gegen das Staatsgebiet gerichteter, mili-
tärischer Aktionen beinhaltet, war – bedingt durch die in
Erinnerung gebliebenen Eindrücke des Zweiten Weltkrieges –
in allen Schichten der Bevölkerung, einschließlich ihrer Füh-
rungskräfte, weit verbreitet.

Andere Gefährdungen, wie sie sich aus einem «internationalen
Spannungszustand» oder aus einer «Neutralitätswacht» ergeben
und sich in ihren Auswirkungen vor allem gegen die bestehende
soziale Ordnung und die Wirtschaftsordnung richten könnten,
wurden zunächst nicht im vollen Umfang erkannt.

So zeigte sich in den maßgeblichen Kreisen der Wirtschaft
selbst zunächst nur eine geringe Bereitschaft, am Aufbau einer
wirtschaftlichen Landesverteidigung mitzuwirken. Hemmend
erwies sich auch die instinktive Ablehnung, die einem liberalen
Wirtschaftssystem gegenüber allen lenkenden Eingriffen inne-
wohnt. Die Initiative blieb hier zunächst der staatlichen Ver-
waltung vorbehalten.

2. Während der Besetzung Oesterreichs durch das Deutsche
Reich wurde die österreichische Rechtsordnung zum Großteil
durch die von Berlin gegebenen zentralen Vorschriften ersetzt.
Anläßlich der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit Oester-
reichs im Jahre 1945 traten an Stelle der deutschen Rechts-
vorschriften vielfach wieder österreichische. Zum Teil wurden
jedoch auch deutsche Rechtsvorschriften als österreichische
vorläufig, nämlich bis zur Neuordnung bestimmter Rechts-
gebiete, in Geltung belassen. Da überdies Oesterreich erst
mit Abschluß des Staatsvertrages die Wehrhoheit erlangt und
kurz danach seine dauernde Neutralität erklärt hatte, mangelt
es heute noch an ausreichenden Bestimmungen zur Wahrneh-
mung der Aufgaben innerhalb einer umfassenden LV. Eine
Ueberprüfung der im Rahmen einer wirtschaftlichen LV erfor-
derlichen Maßnahmen zentraler Art hinsichtlich ihrer gesetz-
lichen Deckung ergab beispielsweise, daß die **Bundesverfassung**
(Art. 10, Abs. 1, Ziff. 15) die Kompetenz des Bundes in Gesetz-
gebung und Vollziehung nur auf den Tatbestand «der einheit-
lichen Führung der Wirtschaft aus Anlaß und im Gefolge eines
Krieges» anordnet und somit diesbezüglich wesentlich ein-
schränkt. Das Reichsleistungsgesetz wurde zwar in die öster-
reichische Rechtsordnung übernommen, jedoch traten gleich-
zeitig alle darin enthaltenen wehrrechtlichen Bestimmungen
außer Kraft. Aber auch die verbliebenen Bestimmungen des
Reichsleistungsgesetzes bieten keine ausreichende Grundlage
für die Erfordernisse der WiLV, zumal diese Gesetzesbestim-
mungen unter ganz anderen Voraussetzungen, als sie derzeit
gegeben sind, zustande gekommen waren.

Eine geringe Anzahl in Kraft befindlicher sonstiger Gesetze
ermöglicht zwar Eingriffe in einzelne Bereiche der Wirtschaft,
doch reichen diese zur Aufrechterhaltung einer Wirtschafts-
ordnung bei Eintritt «außergewöhnlicher Verhältnisse» keines-
wegs aus. Wesentliche Vorbedingungen für die Steuerung
des Wirtschaftsablaufes sowohl zentraler als auch dezentraler
Art sind daher im gegenwärtigen Augenblick noch nicht ge-
geben, da einerseits die Erfassung und Evidenzhaltung der im
Inland lagernden Wirtschaftsbestände auf Grund der rechtlichen
Verhältnisse nur sehr eingeschränkt möglich ist, andererseits aber
auch die im Zusammenhang mit einer Produktionssteuerung
und Verteilung erforderlichen Maßnahmen legislativ nicht ge-
deckt sind.

III.

Der Arbeitsausschuß «W» mußte sich angesichts dieser Situa-
tion zwei Ziele setzen:

²⁾ In der Folge als Arbeitsausschuß «W» bezeichnet.

³⁾ Die Maßnahmen des Wehrwirtschaftsdienstes der Schweiz auf dem
Gebiet der Energieversorgung fallen in Oesterreich in das Aufgaben-
gebiet der «zivilen Landesverteidigung».

1. In einem «Sofortprogramm» katalogmäßig alle Maßnahmen
zusammenfassen, die bei der gegebenen Rechtslage zur Steue-
rung des Wirtschaftsablaufes anwendbar sind, um den Ein-
wirkungen störender Einflüsse auf die Wirtschaft wenigstens
in Teilbereichen sofort entgegenzutreten zu können. Unter anderem
besteht über das in Kraft befindliche Außenhandelsgesetz die
Möglichkeit, die Ausfuhr lebenswichtiger Güter aus Oesterreich
erforderlichenfalls zu unterbinden bzw. durch die Anwendung
devisenrechtlicher Maßnahmen auf die Außenwirtschaft ein-
zuwirken. Weiters wurde innerhalb der staatlichen Verwaltung
bei allen Landesregierungen⁴⁾ eine Schattenorganisation ins
Leben gerufen, die nach einer einheitlichen Ausrichtung durch
den Arbeitsausschuß «W» wirtschaftliche Maßnahmen für Not-
zeiten vorbereiten und im Bedarfsfall auch durchführen soll.
Hier sind durch preisbehördliche Vorschriften bzw. durch An-
ordnungen auf dem Gebiet der Getreide-, Milch- und Vieh-
wirtschaft auf Grund des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes
Lenkungsmöglichkeiten im Bedarfsfall gegeben.

2. Einen «wirtschaftlichen Landesverteidigungsplan» als Endziel
aufzustellen, wobei von Anfang an nur an eine stufenweise
Realisierung dieses Planes gedacht werden konnte.
Als erste Stufe zu diesem Endziel wurden vom Arbeitsausschuß
«W» folgende Planungsunterlagen fertiggestellt:

a) Ein **«Bevorratungsplan»** zur Bevorratung lebenswichtiger
Roh- und Hilfsstoffe unter der Annahme einer einjährigen
Abschließung des Bundesgebietes von außen. Dieser Plan
verfolgt das Ziel, nach seiner Durchführung bei einer gänz-
lichen oder teilweisen Abschnürung vom Ausland einen
möglichst hohen Beschäftigungsstand und damit auch Le-
bensstandard der Bevölkerung wahren zu können. Hierbei
wurde von der Ueberlegung ausgegangen, daß der Aufrecht-
erhaltung der Vollbeschäftigung und gleichzeitig der sozia-
len Ordnung bei einem «internationalen Spannungszustand»
oder einer «Neutralitätswacht» der Rang eines echten Ver-
teidigungszieles zukommt.

Für die spätere Durchführung der «Bevorratung» selbst soll
die in der Schweiz gehandhabte Verfahrensweise als Modell-
fall dienen.

b) Mit dem gleichen Ziel wurde eine Regelung der **Bezugs-
berechtigungen** im Falle einer notwendigen Bewirtschaftung
auf dem Sektor der Lebensmittel- und Konsumgüterversor-
gung ausgearbeitet, wobei diese zunächst nur für eine
Uebergangszeit von sechs Wochen nach Verfügung der
Bewirtschaftung im Detail festgelegt wurde, da die friedens-
mäßigen Lagerbestände innerhalb der Wirtschaft diesen
Zeitraum sicher decken. Eine weitere Bezugsregelung muß
von der Aufnahme der Wirtschaftsbestände im Bewirtschaf-
tungsfall abhängig gemacht werden.⁵⁾

c) Der Aufbau einer behördlichen **Verteilungsorganisation**.

d) Maßnahmen zur Versorgung mit Mineralölprodukten auf
ausschließlicher Basis der österreichischen Rohölförderung.
Weitere Planungen, die sich auf erforderliche Maßnahmen
gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen erstrecken, stehen
im Arbeitsausschuß «W» in Behandlung.

IV.

Es ist zu hoffen, daß der weitere Aufbau einer wirtschaftlichen
Landesverteidigung mit allen Vorsorgen im administrativen,
organisatorischen, materiellen und legistischen Bereich in der
nächsten Zeit rascher vor sich gehen wird, als er bisher statt-
gefunden hat. Diese Erwartung kann deswegen ausgesprochen
werden, weil die Erkenntnis, daß wirtschaftliche Vorsorgen
für Notzeiten sowohl im Interesse der Staatspolitik als auch
der Wirtschaft selbst gelegen sind, an den entscheidenden
Stellen eine wesentlichere Verbreiterung gefunden hat, als
sie zu Beginn der Arbeiten vor drei Jahren vorgefunden wurde.
Nach 20 Jahren des Wiederaufbaues besinnt man sich, daß es
nunmehr gilt, das Erreichte zu wahren und zu schützen. Die
Kraft, mit der dieser Wiederaufbau vollzogen wird, mag im
eigenen Land den Willen und das Vertrauen dafür stärken,
daß es gelingen muß, die Wirtschaft nicht nur im Zeichen der
fortschreitenden Konjunktur, sondern auch im Hinblick auf
etwaige Notzeiten funktionsfähig zu erhalten.

Die kriegswirtschaftlichen Vorsorgen der Schweiz haben an
dieser Meinungsbildung im bedeutenden Umfange mitgewirkt;
ihren hohen Stand zu erreichen, wird auch für unsere Bemühun-
gen in Gegenwart und Zukunft beispielgebend und richtung-
weisend sein müssen.

⁴⁾ Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Salz-
burg, Tirol, Vorarlberg, Burgenland.

⁵⁾ In diesem Zusammenhang erforderliche «Haushaltsbevorratung»
– als Voraussetzung für eine befristete Geschäftssperre – fällt in
das Gebiet des Arbeitsausschusses «Zivile LV».

Die Infanterie bleibt auch im Bundesheer Königin des Schlachtfeldes



Gewehrgranate auf Sturmgewehr



MG 42



9 cm Panzerabwehrrohr



Schützengruppe im Angriff



Angriff auf Skiern



Infanterie im Ortskampf



8 cm Granatwerfer